

swg Speyer | Johannesstraße 19 | 67346 Speyer

Herrn Oberbürgermeister Hansjörg Eger Maximilianstr. 100

67346 Speyer

Hermann Preuß Fraktionsvorsitzender Falkenturmgasse 3 67346 Speyer

Tel. (06232) 7 54 43

preuss@swg-speyer.de

Speyer, den 24.2.2011

Antrag der Speyerer Wählergruppe für die Sitzung des Rates am 24. März 2011

Sehr geehrter Herr Eger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister a. D. Werner Schineller hat zum Ende seiner Amtszeit im Rahmen der Diskussion um die Gebietsreform, den Stadtkreis als mögliche Option genannt.

Die Speyerer Wählergruppe hat mit dem gleichen Ziel bereits im Mai 2008 einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht. Da in der Zwischenzeit keine Fortschritte in dieser Sache erkennbar sind und die Freiwilligkeitsphase bald endet, beantragt die Speyerer Wählergruppe, der Rat möge beschließen:

- 1. Der Speyerer Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Freiwilligkeitsphase der Kommunal- und Verwaltungsreform mit dem Landrat des Rheinpfalz-Kreises und den Bürgermeistern der Gemeinde Römerberg, der Verbandsgemeinde Dudenhofen und der Verbandsgemeinde Waldsee offizielle Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, eine föderative Großkommune mit der Kernstadt Speyer und den Umlandgemeinden Römerberg, Dudenhofen und Waldsee zu bilden. Dabei soll ein demokratischer Prozess angestoßen werden, so wie es das Gutachten zur Bürgerbeteiligung in der Freiwilligkeitsphase des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau vorsieht.
- 2. Dass der Speyerer Oberbürgermeister den Minister des Innern und für Sport über die Aufnahme der offiziellen Gespräche nach Punkt 1 dieses Antrags in Kenntnis setzt.
- 3. Eine Resolution an die Landesregierung mit dem Ziel, eine Änderung des ersten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28. September 2010 zu erreichen, nach der eine kommunale Gebietskörperschaft im Sinne von Punkt 1 dieses Antrags ermöglicht wird.

Begründung:

Ziele der Kommunal- und Verwaltungsreform sind vor allem eine Verbesserung der behördlichen Zuordnung von Aufgabenzuständigkeiten, eine Verbesserung von Verfahrensabläufen und Verwaltungsprozessen, eine Optimierung kommunaler Gebietsstrukturen, ein Ausbau kommunaler Kooperationen, eine Verbesserung der Bürgernähe und des Bürgerservices der Kommunen und eine Erweiterung der Möglichkeiten einer unmittelbaren Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten.



swg Speyer | Johannesstraße 19 | 67346 Speyer

Hermann Preuß Fraktionsvorsitzender Falkenturmgasse 3 67346 Speyer

Tel. (06232) 7 54 43

preuss@swg-speyer.de

-2-

Dabei kommt der Optimierung kommunaler Gebietsstrukturen die Aufgabe zu, eine Stärkung der Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft von verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden durch Gebietsänderungen zu erreichen. Als Rahmen hat die Landesregierung vorgegeben, dass Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden in ihrer Grundstruktur bestehen bleiben sollen. Das gleiche gilt zunächst auch für die Struktur der Landkreise. Aus der Sicht der Speyerer Wählergruppe kann die Unantastbarkeit der Landkreise und die Beschränkung von Gebietsänderungen auf Gemeinden und Verbandsgemeinden kein Dogma sein, wenn es dem Willen der Bürgerinnen und Bürger nicht entspräche. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die entscheidende Kraft für eine freiwillige Fusion sein. Dabei müssen auch Kreisgrenzen überschritten werden können.

Aus Sicht der Speyerer Wählergruppe liegt der Hauptvorteil der Freiwilligkeitsphase darin, dass die Kommunen und ihre Vertreterinnen und Vertreter, die Räte und die Bürgerinnen und Bürger ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und gestalten können. Es können individuelle Regelungen getroffen werden, die bei einer landesweiten gesetzlichen Regelung so nicht vorgesehen sind.

Die Speyerer Wählergruppe plädiert dafür, die Chance der Freiwilligkeitsphase zu nutzen und die historisch gewachsenen Beziehungen und engen Verbindungen der Bürgerinnen und Bürger des ehemaligen Landkreises Speyer zur Stadt Speyer, einer Gebietsänderung zugrunde zulegen und einen Kommunalverband Speyer, unter weitgehender Selbständigkeit der Ortsgemeinden, zu bilden. Ziel der Eingliederung ist die Verwaltungsvereinfachung und –optimierung, nicht die Aufgabe der Identität der Ortsgemeinden Berghausen, Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen, Heiligenstein, Mechtersheim, Otterstadt und Waldsee.

Die Ziele der Kommunal- und Verwaltungsreform können nach unserer Auffassung so am besten sowohl für die kreisfreie Stadt Speyer, als auch für die Gemeinden Römerberg, Dudenhofen und Waldsee erreicht werden.

Wir bitten den Stadtrat um Zustimmung!

Mit freundlichen Grüßen

Hermann Preuss SWG-Fraktionsvorsitzender

eingegangen per E-Mail